

VERTRAULICH!

(Französischer Vorschlag als Grundlage für
die Beratungen der Delegationschefs)

Aufgaben der Gemeinschaft

1. Artikel 17 der Arbeitsunterlagen schlug eine Definition der Aufgaben der Hohen Behörde vor, deren Fassung unmittelbar auf die im Vorschlag vom 9. Mai formulierten Zielsetzungen zurückging.

Bis zum heutigen Tage hat über die Formulierung dieser Aufgaben keine Diskussion stattgefunden, denn die Delegationschefs waren der Ansicht, dass es zweckmässiger sei, zuerst zu untersuchen, welches die Aufgaben der Hohen Behörde auf den bestimmten Gebieten (Preise, Produktion, Löhne usw.) seien.

Die Diskussionen sind gegenwärtig hinreichend fortgeschritten, um zu einer allgemeinen Erörterung der Gesamtheit der Aufgaben der Hohen Behörde schreiten zu können; diese Note ist ausgearbeitet worden, um diese Erörterung zu ermöglichen.

2. Aus den Diskussionen, die bis zum heutigen Tage erfolgt sind, geht hervor, dass die Verwirklichung der der Hohen Behörde gesteckten Ziele auf bestimmten Gebieten nicht nur von der eigenen Tätigkeit der Hohen Behörde abhängen wird, sondern auch von der Intervention der anderen Institutionen, deren Schaffung in Aussicht genommen ist, insbesondere des Ministerrats.

Es scheint daher notwendig, dass die allgemeinen Aufgaben die der Hohen Behörde übertragen werden sollen, als die Aufgaben der "europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft" definiert werden.

3. Unter diesen Voraussetzungen wird vorgeschlagen, dass die Aufgaben der Gemeinschaft wie folgt formuliert werden:

ARTIKEL - ENTWURF

Die europäische Kohle- und Stahlgemeinschaft hat die Aufgabe, dank der Schaffung eines gemeinsamen Marktes unter den im Artikel..... näher bezeichneten Bedingungen, zur wirtschaftlichen

Ausdehnung, zur Entwicklung der Beschäftigung und zur Hebung des Lebensstandards in den Teilnehmerländern beizutragen.

Zu diesem Zweck muss die Gemeinschaft im gemeinsamen Interesse:

- a) über die regelmässige Versorgung des gemeinsamen Marktes wachen und für alle Verbraucher einen gleichen Zugang zu den Hilfsquellen der Produktion sicherstellen;
- b) über eine Festsetzung möglichst niedriger Preise wachen, die die Wettbewerbsfähigkeit sowohl der Kohle - und Stahlindustrien als auch der Verbraucherindustrien sicherstellt und dabei die Aufrechterhaltung des erforderlichen Industriepotentials und eine angemessene Verzinsung der entsprechenden Kapitalien sowie eine rationelle Politik der Ausbeutung und Erhaltung der natürlichen Hilfsquellen erlaubt;
- c) die Entwicklung der Ausfuhr und die Anwendung von Preisen auf den auswärtigen Märkten fördern, die in angemessenen Grenzen für die Käufer und die Produzenten bleiben;
- d) die regelmässige Ausweitung und die Modernisierung der Produktion sowie die Verbesserung der Qualität fördern;
- e) die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft in jeder der Industrien fördern, die zu ihrem Aufgabenkreis gehören.

Die Tätigkeit der Gemeinschaft muss die progressive Schaffung von Voraussetzungen verwirklichen, die von sich aus die rationellste Verteilung der Produktion auf dem höchsten Produktivitätsniveau sicherstellen und dabei vermeiden, in den Wirtschaften der Teilnehmerländer grundlegende und anhaltende Störungen hervorzurufen.

Die so vorgeschlagene Fassung weicht von der Fassung des Artikels 17 insbesondere in folgenden Punkten ab:

- 1) Die Diskussionen über die Tätigkeit der Hohen Behörde auf dem Gebiete der Preise und der Produktion haben die Delegationen dazu geführt anzuerkennen, dass das erste der Gemeinschaft gesetzte Ziel darin bestehe, über die Versorgung der

gemeinsamen Märkte mit Kohle und Stahl zu wachen (Memorandum vom 28. 9. 50 - S. 31 und S. 37).

Es schien notwendig, diese Bestimmung dadurch zu verschärfen, dass man den Ausschuss jeder Diskriminierung beim Zugang der Verbraucher zu den Produktionshilfsquellen ihrer Wahl vorsah. Die vorgeschlagene Fassung geht auf Absatz e) der Grundsätze über die Intervention der Hohen Behörde auf dem Gebiet der Preise zurück (Memorandum vom 28.9., S.37).

2) Die Fassung des Absatzes b) ist unmittelbar von den Vorschlägen des Comité des Six über die Tätigkeit der Hohen Behörde auf dem Gebiet der Preise abgeleitet.

3) Das gleiche gilt für die Fassung der Absätze c) und d).

4) Absatz e) ist dem Text des Artikels 17 entnommen, da dies die Fassung ist, die den Arbeiten des Comité des Salaires als Grundlage gedient hatte.

5) Die Schlussbestimmung des Artikelentwurfs sieht vor, dass die Tätigkeit der Gemeinschaft darauf gerichtet sein muss, auf dem gemeinsamen Markt die Schaffung von Voraussetzungen sicherzustellen, die die Entwicklung der wirtschaftlichsten Produktionsquellen durch ein möglichst weites Spiel der Konkurrenz erlauben. Die Fassung, die der Erklärung vom 9. Mai entnommen ist, schien bei Berücksichtigung des Wesens der Kohle- und Stahlindustrien gegenüber der von der "Gruppe der Sechs" (Memorandum vom 28.9., Absatz a) vorgeschlagenen Fassung den Vorzug zu verdienen.

6) Andererseits schien es unerlässlich, am Ende dieses Artikels eine Bestimmung aufzunehmen, die vorsieht, dass die Gemeinschaft bei der Erfüllung ihrer Aufgaben vermeiden müsse, in den Wirtschaften der Teilnehmerstaaten grundlegende und anhaltende Störungen hervorzurufen.

Diese Bestimmung ist insoweit unerlässlich, als der gemeinsame Markt auf Kohle und Stahl beschränkt bleibt.

5. Die europäische Kohle- und Stahlgemeinschaft wird auf einen gemeinsamen Markt gegründet werden. Es ist notwendig, dass der Vertrag die Bedingungen für die Schaffung dieses Marktes genau bestimmt.

Aus den Diskussionen, die bisher stattgefunden haben, geht hervor, dass die einzelnen Delegationen darin einig sind, die Schaffung eines gemeinsamen Marktes vorbehaltlich der den Gegenstand besonderer Bestimmungen bildenden Ausnahmen dahin auszulegen, dass er bedeutet:

a) die Beseitigung der Ein- und Ausfuhrzölle oder ihnen gleichkommender Abgaben und der quantitativen Beschränkungen für den Kohle- und Stahlhandel unter den Teilnehmerstaaten .

b) die Beseitigung und das Verbot von Massnahmen oder Praktiken, die eine Diskriminierung unter den Produzenten und den Verbrauchern vornehmen, je nach dem Land, wo sie ihre Tätigkeit ausüben, oder die die freie Wahl des Lieferanten durch den Verbraucher behindern (Memorandum vom 28.9., S. 37, Absätze e) und h)).

c) das Verbot aller Subventionen oder Beihilfen der Staaten an die Kohle- und Stahlindustrien. Obwohl diese Bestimmung nicht Gegenstand einer besonderen Erörterung seitens der Delegationschefs war, bedeuten die an anderer Stelle gefassten Entschliessungen ihre Billigung.

d) Das Verbot oder die Beseitigung restriktiver Praktiken, die auf die Verteilung oder Ausbeutung der Märkte gerichtet sind.

Dieses Verbot folgt aus den auf dem Gebiet der Produktion vorgesehenen Bestimmungen (Memorandum vom 28. September, S. 35).

6. Um eine Erörterung dieses Punktes zu erleichtern, folgt nachstehend der Entwurf für die Abfassung eines neuen Artikels:

ARTIKEL - ENTWURF

Es wird anerkannt, dass der gemeinsame Markt für Kohle und Stahl innerhalb der Gemeinschaft unter den in diesem Vertrag vorgesehenen Vorbehalten die Beseitigung und das Verbot:

- a) der Ein- und Ausfuhrzölle oder ihnen gleichkommender Abgaben und der quantitativen Handelsbeschränkungen;
- b) der Massnahmen und Praktiken, die eine Diskriminierung unter den Produzenten und den Verbrauchern vornehmen, je nach dem Land, wo sie ihre Tätigkeit ausüben, oder die die freie Wahl des Lieferanten durch den Verbraucher behindern, insbesondere hinsichtlich: der Preisbedingungen und Transporttarife;
- c) der Subventionen oder Beihilfe der Staaten, in welcher Form auch immer sie gegeben werden;
- d) restriktiver Praktiken, die auf die Verteilung oder Ausbeutung der Märkte gerichtet sind, voraussetzt.

Bundeskanzleramt
Dienststelle für Auswärtige
Angelegenheiten
Sekretariat für Fragen des
Schuman-Planes
Tgb.Nr. 1233/50

Bad Godesberg, d.2.11.50
Heerstr. 17

An die
Empfänger von Chef/P/14

Der französische Wortlaut des Dokumentes
" Missions de la Communauté "(Chef/P/14) ist auf Seite 2
wie folgt zu berichtigen.

Nach dem Absatz c) ist folgender Absatz d) einzusetzen:

- d) - promouvoir l'expansion régulière et la modernisation de la production ainsi que l'amélioration de la qualité;

Der bisherige Absatz d) wird Absatz e).

CONFIDENTIEL

(Französischer Vorschlag als
Grundlage für die Beratungen
der Delegationschefs)

Missions de la Communauté

1. -L'article 17 du Document de Travail proposait une définition des Missions de la Haute Autorité dont la rédaction était directement inspirée des objectifs formulés dans la proposition du 9 Mai.

Jusqu'à ce jour aucune discussion n'a eu lieu sur la formulation de ces missions, car les Chefs de Délégation ont estimé préférable d'examiner d'abord quelles seraient les missions de la Haute Autorité dans des domaines déterminés (Prix, production, salaires, etc..).

Les discussions sont actuellement suffisamment avancées pour qu'il soit possible de procéder à une discussion générale sur l'ensemble des missions de la Haute Autorité; cette note a été élaborée pour permettre cette discussion.

2. -Des discussions qui ont eu lieu jusqu'à ce jour, il ressort que la réalisation des objectifs fixés à la Haute Autorité dans des domaines déterminés ne dépendra pas seulement de l'action propre de la Haute Autorité mais également de l'intervention des autres institutions, dont la création a été envisagée et notamment du Conseil spécial des Ministres.

Il semble donc nécessaire que les missions générales qu'il avait été prévu d'assigner à la Haute Autorité soient définies comme les missions de la "Communauté européenne du charbon et de l'acier."

3. -Dans ces conditions il est proposé que les missions de la communauté soient ainsi formulées :

PROJET D'ARTICLE

La Communauté Européenne du charbon et de l'acier a pour mission de contribuer, grâce à l'établissement d'un marché commun dans les conditions définies à l'art....., à l'expansion économique, au développement de l'emploi et au relèvement du niveau de vie dans les pays participants.

A cet effet, la Communauté doit, dans l'intérêt commun :

a) - veiller à l'approvisionnement régulier du marché commun et assurer à tous les utilisateurs un égal accès aux sources de production;

b) -veiller à l'établissement de prix aussi bas que possible assurant la capacité concurrentielle tant des industries du charbon et de l'acier que des industries utilisatrices, tout en permettant le maintien du potentiel industriel nécessaire et une rémunération équitable des capitaux correspondants ainsi qu'une politique rationnelle d'exploitation et de conservation des ressources naturelles;

c) -promouvoir le développement des exportations et la pratique sur les marchés extérieurs de prix restant dans des limites équitables tant pour les acheteurs que pour les producteurs;

d) -promouvoir l'amélioration des conditions de vie et de travail de la main-d'oeuvre dans chacune des industries dont elle a la charge.

L'action de la Communauté doit réaliser l'établissement progressif de conditions assurant spontanément la répartition la plus rationnelle de la production au niveau de productivité le plus élevé, tout en évitant de provoquer, dans les économies des Etats participants, des troubles fondamentaux et persistants.

La rédaction ainsi proposée diffère de la rédaction de l'article 17, principalement sur les points suivants :

1) Les discussions relatives à l'action de la Haute Autorité en matière de prix et de production ont conduit les délégations à reconnaître que le premier objectif assigné à la Communauté était de veiller à l'approvisionnement en charbon et en acier des marchés communs. (Mémoire du 28.9.50 - p.31 et p.37).

Il a paru nécessaire de renforcer cette disposition en prévoyant l'exclusion de toute discrimination dans l'accès des utilisateurs aux sources de production de leur choix. La rédaction proposée s'inspire du paragraphe e) des principes d'intervention de la Haute Autorité en matière de prix, (mémoire du 28.9., page 37).

2) La rédaction du paragraphe b) s'inspire directement des propositions du comité des six, relatives à l'action de la Haute Autorité en matière de prix.

3) Il en va de même en ce qui concerne la rédaction des paragraphes c) et d).

4) Le paragraphe e) a été repris dans le texte de l'article 17, étant donné que c'est cette rédaction qui avait servi de base aux travaux du comité des salaires.

5) La disposition finale du projet d'article prévoit que l'action de la communauté doit viser à assurer sur le marché commun l'établissement de conditions permettant le développement de sources de production les plus économiques par le jeu aussi large que possible de la concurrence. Cette rédaction qui a été reprise de la déclaration du 9 Mai a paru préférable, compte tenu de la nature des industries du charbon et de l'acier, à celle proposée par le groupe des six (mémoire du 28.9., paragraphe a).

6) D'autre part il a paru indispensable de reprendre à la fin de cet article, une disposition prévoyant que dans l'accomplissement de ses missions la Communauté devait éviter de provoquer des troubles fondamentaux et persistant dans les économies des Etats participants.

Cette disposition est indispensable dans la mesure où le marché commun reste limité au charbon et à l'acier.

5. -La Communauté Européenne du charbon et de l'acier sera fondée sur un marché commun. Il est nécessaire que le traité définisse les conditions d'établissement de ce marché.

Il ressort des discussions qui ont eu lieu jusqu'à ce jour que les différentes délégations sont d'accord pour interpréter l'établissement d'un marché commun comme signifiant, sous réserve des exceptions faisant l'objet de dispositions particulières :

a) l'abolition des droits d'entrée ou de sortie, ou taxes équivalentes et des restrictions quantitatives à la circulation du charbon et de l'acier entre les pays participants.

b) l'abolition et l'interdiction des mesures ou pratiques, établissant une discrimination entre producteurs ou entre utilisateurs, selon le pays où ils exercent leur activité, ou faisant obstacle au libre choix par le consommateur de son fournisseur (Mémoire du 28/9, page 37 paragraphes e) et h).

c) l'interdiction de toutes subventions ou aide des états aux industries du charbon et de l'acier. Bien que cette disposition n'ait pas fait l'objet d'une discussion spéciale de la part des Chefs de Délégation, les décisions prises par ailleurs impliquent son approbation.

d) l'interdiction ou l'abolition des pratiques restrictives tendant à la répartition ou à l'exploitation des marchés.

Cette interdiction découle des dispositions prévues en matière de production (Mémoire du 28 Septembre, page 35).

6. -Pour faciliter une discussion sur ce point on trouvera ci-dessous un projet de rédaction d'article nouveau:

PROJET D'ARTICLE

Il est reconnu que le marché commun implique, en ce qui concerne le charbon et l'acier, à l'intérieur de la communauté, sous les réserves prévues au présent traité, l'abolition et l'interdiction :

a) des droits d'entrée ou de sortie, ou taxes équivalentes, et des restrictions quantitatives à la circulation;

b) des mesures ou pratiques établissant une discrimination entre producteurs ou entre utilisateurs, selon le pays où ils exercent leur activité, ou faisant obstacle au libre choix par le consommateur de son fournisseur, notamment en ce qui concerne les conditions de prix et les tarifs de transports :

c) des subventions ou aides des Etats sous quelque forme que ce soit;

d) des pratiques restrictives tendant à la répartition ou à l'exploitation des marchés.